Wie kann die Große Koalition gestoppt werden?

Muss die SPD nicht raus aus der Großen Koalition?

300.000 Kolleg/-innen der Metallindustrie haben Anfang Februar mit ihrer Gewerkschaft im ganzen Bundesgebiet demonstriert und gestreikt.

Sie demonstrierten die Ablehnung der gesamten Bevölkerung gegenüber einer Regierung, die es mit ihrer „Rente mit 67“ wagt, den Menschen nach langen Arbeitsjahren ihr Recht auf anständige Rente zu rauben und sie in Altersarmut zu stürzen. Die es wagt, die älteren Arbeitnehmer/-innen, denen mehrheitlich der Arbeitsplatz genommen wurde, noch zu verhöhnern und aufzufordern, bis zum Alter von 67 zu arbeiten, um sich eine ordentliche Rente zu „verdienen“.

In Umfragen lehnen 77% der Bevölkerung die Rente mit 67 ab, ebenso die große Mehrheit der SPD-Mitglieder.

Müntefering: „Ich setze das um... Die Koalition wird bei ihrer Vereinbarung bleiben. Da werden auch die Proteste nichts ändern.“

Sorge und Unmut der Arbeitnehmer/-innen und Bevölkerung nehmen zu: Soll das so weitergehen, Schlag auf Schlag, bis alles zerstört ist? Soll es keinen Weg geben, diese verhängnisvolle Große Koalition zu stoppen?

Die Regierung der Großen Koalition hat niemand gewollt – nur die Europäische Union, damit sich die inzwischen mit der EU-Ratspräsidentschaft beauftragte Merkel und ihre CDU/CSU auf die SPD-Vertreter stützen können, um die gesamten Attacken gegen den Sozialstaat durchzusetzen.

Und jetzt sollen wir hinnehmen, dass die Große Koalition

- eine weitere „Unternehmenssteuerreform“ vorbereitet, die dem Kapital erneut 6,5 Milliarden schenken will, nachdem sie der Bevölkerung Anfang des Jahres über 20 Milliarden mit der Mehrwertsteuer und weitere Mrd. durch Maßnahmen wie die Streichung der Pendlerpauschale aus den Taschen entwendet hat?

- Sollen wir jetzt unter dem Etikett eines Gesetzes zur „Neuordnung des Niedriglohnsektors“ auch noch die weitere „Ausgestaltung“ des sozialen Schandgesetzes Hartz IV erdulden? D.h. weitere Maßnahmen, die die völlig entrechteten Arbeitslosen noch tiefer ins Elend stoßen sollen? Die eine abermalige Ausweitung des Niedriglohnsektors vorsehen, in dem auf dem Trümmerfeld der Flächentarifverträge, deren Zerfall von der Regierung tatkräftig gefördert wird, unten eine Armutslohngrenze mit Hilfe eines Gemisches von Mindest- und Kombilohn eingezogen wird?

- Nach der ersten Föderalismusreform bereitet die Regierung jetzt die 2. vor, um das Maastricht-Diktat der Schrumpfung der öffentlichen

Haushalte und den Wettbewerbsföderalismus in das Grundgesetz einzupflanzen. Das wird den einheitlichen sozialen Bundesstaat end-gültig zersplittern und die Länder und Kommunen in einen Wettlauf darum zwingen, wer die Tarifverträge am schnellsten bricht, Krankenhäuser und Universitäten ebenso wie Stadtwerke und kommunale Wohnungen privatisiert, die öffentliche Schule in den Bankrott treibt und noch mehr Jugendlichen das Recht auf qualifizierte Ausbildung, Studium und berufsqualifizierende und tarif-rechtlich anerkannte Abschlüsse nimmt?

- Die Student/-innen von immer mehr Unis streiken und demonstrieren gegen Studiengebühren und die völlige Entwertung ihres Studiums und drohende Arbeitslosigkeit.

Den Lehrkräften an Schule und Hochschule verweigert die Große Koalition das grundsätzliche Recht auf gewerkschaftlich organisierte Interessenvertretung, Tarifverhandlungen und Streik. Bund und Länder zerbrechen ihre einheitlichen Einkommens- und Arbeitsbedingungen, diktieren Einkommenskürzungen und befristete, prekarierte Beschäftigungsverhältnisse.

Brauchen wir nicht die Rücknahme der Privatisierungsprozesse von Universität und Studium (inklusive Studiengebühren), der Hochschulmedizin und der Schulen? Die bundeseinheitliche Rahmenregelung des öffentlichen Schul- und Hochschulwesens?

- Müssen wir die Umsetzung einer Gesundheitsreform erleiden, die eine historische Errungenschaft des Sozialstaates, das Recht aller Arbeitnehmer/-innen und Mitglieder der

Gesellschaft auf kostenlose Gesundheitsversorgung im Rahmen der solidarisch und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung, zerstört und ganze Teile der Bevölkerung von der verantwortungsvollen und gleichwertigen Versorgung ausschließen will?

Müssen nicht diese Gesundheitsreform, die Schließung und Privatisierung von Krankenhäusern, die Kürzungen gegen Krankenhäuser und Kassenleistungen, wie die gesamten Zuzahlungen und Eigenbeiträge der Patienten und Versicherten sofort aufgehoben werden?

- Zehntausende Kolleg/-innen der Airbus-Standorte in Deutschland und der anderen europäischen Länder streiken für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze, Betriebe und Tarifverträge.

Die EU und die Große Koalition öffnen den Finanzinvestoren die Tore, um immer höhere Renditen aus den Industriebetrieben zu quetschen, auf Kosten der Produktion und Arbeitsplätze. Die EU verbietet jedes staatliche Eingreifen zum Schutz der Arbeitsplätze im Namen des „freien, unverfälschten Wettbewerbs“. Und die Große Koalition folgt ihr.

Die EU will nun auch das sog. VW-Gesetz zu Fall bringen, das Land und Bund die Entscheidung über die Produktion garantiert und VW gegen einen räuberischen Zugriff von Finanzinvestoren schützt.

Die industrielle Produktion und Industriearbeiterschaft sind die materielle und soziale Grundlage der nationalen Wirtschaft und sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Dürfen die Vernichtung industrieller Arbeitsplätze, die Verlagerungen in Billiglohnländer und das Sterben von Betrieben, ja jetzt sogar der Tod des gesamten Steinkohlebergbaus zur Befriedigung der Gier nach Rendite, von der Großen Koalition weiter vorangetrieben werden? Brauchen wir nicht dringlich die politische Entscheidung, die industriellen Arbeitsplätze und Betriebe unter staatlichen Schutz zu stellen?

- Sollen wir jetzt auch noch erleben, wie nach den von der EU diktierten ersten Privatisierungsschritten der beiden großen Staatsunternehmen des öffentlichen Dienstes, Bahn und Post, die schon 100.000e Arbeitsplätze beseitigt und den Flächentarifvertrag und die Unternehmen selbst zersplittert haben,

– bei der Telekom der von der Großen Koalition eingeführte Finanzinvestor Blackstone (und andere) für eine weitere Milliardensteigerung der Rendite die Auslagerung von bis zu 60.000 Kollegen fordert, um Tarife runterzuknüppeln und die Arbeitszeit bis zu 4 Stunden zu verlängern; wie 32.000 Arbeitsplätze einfach liquidiert werden sollen?

– Die Große Koalition in nächster Zeit ein Privatisierungsgesetz für die Deutsche Bahn AG vorlegen will, das im Interesse einer „wettbewerbsfähigen Rendite“ für die Finanzinvestoren das Unternehmen an die Börse bringen soll – auf Kosten von weiteren 10.000en Arbeitsplätzen, Streckenstilllegungen, unverantwortlichen Sicherheitsrisiken und größerer Unpünktlichkeit;

– Das Privatisierungsgesetz zur Post bis Ende 07 die völlige Privatisierung und Zerschlagung der Post verlangt und die Kolleg/-innen schon jetzt massenhaft in Dumpinglöhne und ungesicherte Arbeitsverhältnisse zwingt?

- Die gegen den eindeutigen Wählerwillen aufgezwungene Regierung der Großen Koalition ist dabei, immer mehr deutsche Soldaten in den weltweiten Krieg unter Führung der US-Regierung zu schicken und Deutschland immer tiefer in diesen mörderischen Feldzug gegen die Völker zu verstricken.

Die große Mehrheit des Volkes lehnt das ab. Ein Drittel der SPD-Bundestagsabgeordneten hat gegen den Einsatz deutscher Tornados in Afghanistan gestimmt.

Bei allen Antireformen der Großen Koalition haben sozialdemokratische Abgeordnete mit ihrem Abstimmungs-Nein der Ablehnung der Mehrheit ihrer Kolleg/-innen Ausdruck gegeben. Um ihre „sozialdemokratische Überzeugung“ nicht mit Füßen treten zu müssen, und trotz der Zwänge der Großen Koalition, die von den Müntefering und Beck der SPD auferlegt werden.

Wie lange kann die SPD noch entgegen dem Mehrheitswillen ihrer Mitglieder der Politik der Großen Koalition und der EU unterworfen werden?

„Wir stoßen bei vielen Bürgern auf eine fast aggressive Ablehnung der SPD-Politik. Das kann nicht gut sein für eine Partei, die sich immer vor allem auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft stützen konnte“, warnt der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, Ottmar Schreiner.

Die von der Großen Koalition aufgezwungene Politik hat längst „alle Grenzen der Zumutbarkeit überschritten“, wovor der SPD-Vorsitzende Beck warnte. Sie bricht mit den traditionellen Grundpositionen der SPD, zerstört die Errungenschaften des Sozialstaates, die von Generationen von Arbeitnehmer/-innen mit ihren Gewerkschaften und gemeinsam mit der SPD erkämpft wurden. Sie liefert die SPD einem Prozess der Selbsterstörung aus, treibt die einen Mitglieder in immer heftigeren Widerstand, und andere aus der Partei.

Erneut formulieren wir die besorgte Frage, die aus der Ablehnungsbewegung des Volkes, der Gewerkschaften und der SPD selber sich immer lauter der Regierung der Großen Koalition und den Landesregierungen entgegenstellt:

Soll das so weitergehen? Soll es keine Möglichkeit geben, das Zerstörungswerk der Großen Koalition endlich zu stoppen?

Aber diese Möglichkeit liegt offen auf der Hand: das Abstimmungs-Nein von SPD-Abgeordneten ist ein Signal dafür:

Die mehrheitliche Ablehnung des Volkes, der SPD-Mitglieder und auch Abgeordneten, muss zum offenen Nein der gesamten SPD und ihrer Abgeordneten gegen die Politik der Großen Koalition werden!

Die Gewerkschaftsverantwortlichen haben den 100.000en mobilisierten Arbeitnehmer/-innen und Jugendlichen bedauernd gesagt, die bisherigen Proteste hätten nicht ausgereicht, um die Regierung zu stoppen. Damit haben sie nicht auf die Frage von Gewerkschafter/-innen und Sozialdemokrat/-innen geantwortet, die sich in einem Offenen Brief an den DGB-Vorsitzenden Sommer gewandt hatten:

Ist es nicht die Verantwortung der Gewerkschaftsführung, die Kämpfe der Arbeiterschaft und Jugend zusammenzufassen und gemeinsam mit engagierten Sozialdemokrat/-innen zu einer vereinten zentralen Demonstration am Regierungssitz in Berlin aufzurufen, um alle Kraft in die Waagschale zu werfen dafür, die gesamte SPD auf das Nein zur Politik der Großen Koalition zu verpflichten?

Hat der SPD-Abgeordnete Wolfgang Wodarg nicht recht mit seiner Position:
„Mir ist im Konfliktfall der Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, der Erhalt

unserer solidarischen Krankenversicherung, wichtiger als der Erhalt der großen Koalition!“

Ist das nicht die Erfahrung aus allen Abstimmungen über die „Reformen“ der Großen Koalition: dass die Ablehnung dieser Politik nur zum offenen Nein werden kann, wenn sie zum Nein gegen die Große Koalition wird?

Haben dann nicht die Gewerkschaften die Verantwortung für die vereinte Mobilisierung der Arbeiterschaft und Jugend, die geeignet ist, die SPD endlich auf das Nein zur Großen Koalition zu verpflichten?

„Die politischen Mehrheiten für einen Kurswechsel haben wir“
(Ottmar Schreiner)

Wir meinen, Ottmar Schreiner gibt den Hinweis auf den so einfachen wie realistischen Weg zu einer politischen Lösung:

„Es wächst die Summe derjenigen, die sagen, wir brauchen einen neuen Kurs, es bedarf eines Kurswechsels. Die politischen Mehrheiten dafür haben wir. Die hatten wir auch 2005 bei den Wahlen. Dass es dann zu einer Großen Koalition kam, ist nun bekannt... Es gibt auch weiterhin solche Mehrheiten. Dann müssten aber sehr deutlich die Eckpunkte formuliert werden, für die es sich zu streiten lohnt.“

Kann es einen anderen Weg als den des Austritts der SPD aus der Großen Koalition, um die Zerstörungsmaschinerie Große Koalition zu stoppen und den Kurswechsel zu ermöglichen?

Wird so nicht der Weg frei, die SPD auf eine Politik der Verteidigung und Wiederherstellung des Sozialstaats und der Demokratie zu verpflichten?

Für die

- Aufhebung von Hartz IV, der Gesundheitsreform, der Rente mit 67 und anderer Eingriffe gegen das traditionelle Rentensystem – zur Wiederherstellung der solidarisch und paritätisch finanzierten sozialen Sicherungssysteme.
- Wiederverankerung und Verwirklichung der Grundgesetzprinzipien: der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse; des solidarischen und kooperativen Föderalismus; des einheitlichen und demokratischen Bundesstaates.
- Verteidigung der industriellen Arbeitsplätze und Betriebe.